

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schiller-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Retour:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgeld. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Beleggeld. — **Bezugs-Beziehungen** nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Blumendring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Hg. für örtliche Anzeigen; 35 Hg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für örtliche Kleinanzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. — **Anzeigen-Nachnahme:** Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lühnow 6202 und 6203.

Donnerstag, 24. Oktober 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 498. • 66. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Drahtberichts aus der heutigen Morgen-Ausgabe.)

Berlin, 23. Oktober.

Abg. Ethel (Polen): Wir verlangen keinen deutschen Boden. Der Grundbesitz hat längst keine Geltung mehr, daß überall deutscher Boden ist, wo ein Deutscher jemals seinen Fuß gesetzt hat. Auch wir sind Gegner jeder zwei-deutigen Politik. Jetzt treten wir aus der Zurückhaltung heraus.

Ein von der ganzen Menschheit lange ersehnter Gottesfrieden, ein auf dem Naturrecht der Völker aufgebauter Dauerfrieden naht heran. Wird dieses Ziel erreicht, dann ist das Meer von Blut nicht vergebens geflossen.

Die Erfüllung ist eine läuternde Tat. Wilson, dieser Freund und Wohltäter der Menschheit (Nachen rechts), will wirklichen Grundbesitz verschaffen und Recht an die Stelle der Gewalt setzen.

Die unverjährbaren und unverletzten Rechte des polnischen Volkes sollen verwirklicht werden.

Die Protestkündigungen dagegen erhöhen nur die Lust der Entente, noch schärfere Garantien von Deutschland zu verlangen. Der augenblickliche Stand der Bevölkerungsstatistik ist für den nationalen Charakter jener Bezirke nicht entscheidend. (Widerpruch. — Abg. Lebedour ruft: Was soll denn sonst entscheiden? — Mitternachts Zustimmung.) Wenn die russischen Landestheile herrenlos gewesen wären, als die Deutschen kamen, dann wäre es vielleicht anders; aber die rechtmäßigen Besitzer waren da. Sie wurden nur verdrängt. Man kann es uns wirklich nicht übel nehmen, wenn wir einen eigenen freien Staat schaffen wollen, denn man hat uns stets als Vürper, mindestens Rechte behandelt. (Beifall bei den Polen.)

Vizepräsident Dove tritt mit, daß über den Vertrauensantrag der Reichstagsparteien namentlich abgestimmt werden soll.

Abg. Graf Posa (D. Fr.): Bisher hatten wir nur einen verfehlten Parlamentarismus. Die Entwicklung, die sich jetzt vollzieht, ist demgegenüber eine wahre Erlösung. Nun wissen wir doch wenigstens, wer die Verantwortung zu tragen hat. Es ist Sache der Widerstandsparteien, die Regierung der neuen Regierung sachlich zu prüfen und danach ihr Urteil einzurichten. Sie werden auf jeden Fall die neue Regierung in allen Maßnahmen zur Verteidigung und Aufrechterhaltung des Vaterlandes unterstützen (Sehr richtig!) und nicht verpassen, daß die parlamentarischen Regierungen weniger von den Widerständen als von ihren eigenen Mehrheiten getrieben werden. Die Gegner der parlamentarischen Regierung tragen sich anscheinend mit der Hoffnung, daß nach dem Kriege alles wieder anders sein werde. Ich halte das für einen großen Irrtum.

Wenn ein Land sich die parlamentarische Regierung erobert, dann ist es ganz ausgeschlossen, daß die alten Zustände wiederkehren.

Das könnte nur erfolgen, wenn das deutsche Volk so gleichgültig würde, daß es sich für die Art der Regierungsform gar nicht mehr interessierte. Wenn der Reichskanzler gestern sagte, daß wir das Recht der anderen Nationen in unseren Nationalvillen mit aufnehmen müßten, so sind wir damit einverstanden, aber auch das Glück der anderen Nationen in diesen Nationalvillen aufzunehmen, lehnen wir entschieden ab. Dieser weltbürgerliche Geist hat einst zum Niederbruch von Jena und Auerstadt geführt (Zuruf: Diesen Niederbruch hat auch das Junker-Regime herbeigeführt.) Gegen die Aufhebung des § 11 der Reichsverfassung erheben sich schwerwiegende Bedenken. Diese Entwicklung müßte zu einem kollektiven Reichsministerium führen, und die weitere Folge wäre, daß der föderalistische Aufbau des Reiches zugrunde ginge.

Ich bedauere außerordentlich die Haltung des preussischen Abgeordnetenhauses in der Wahlrechtsfrage.

Man darf nicht versuchen, von Reich wegen auf einen Einzelstaat einen Druck auszuüben, um in seine innere Verfassung einzugreifen. Das Vorgehen des Reichstages hat sich nicht bewährt, seine Umgestaltung kann aber erst nach Friedensschluß geschehen. Entsprechend der gefährdeten kontinentalen Lage des Reiches hätte unsere auswärtige Politik sicher und zielbewußt geführt werden müssen. (Zuruf: Sie selbst waren ja in dieser Regierung.) Gewiß, ich selbst war in der Regierung, aber vieles ist nach meiner Zeit geschehen, und Sie wissen ja von Herrn v. Bethmann Hollweg, daß die Staatssekretäre nachgeordnete Stellen sind und keine eigene Meinung haben.

Das Gsch, das unser Friedensangebot und die Antworten der deutschen Regierungen auf die Wilsonsche Note in der englisch-französischen Presse gefunden haben, läßt die schlimmsten Befürchtungen zu.

Ich würde es nicht verstehen, wenn Präsident Wilson verlangen würde, daß wir Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgeben sollen, denn es handelt sich hier um ein altes deutsches Land. Es wäre das der schwerste Schlag vor allem gegen die deutsche Arbeiterschaft. Die Unterstützung der flämischen Bewegung in dem besetzten Belgien ist ein gutes Recht Deutschlands gewesen. Die Forderung der Räumung der besetzten Gebiete ist etwas Außergewöhnliches. Auch gegen die Zugeständnisse in der Frage der Unterwerfung der belgischen Bevölkerung habe ich die schwersten Bedenken. Die Grenzen der Zugeständnisse sind nahezu erreicht.

Abg. Rüdlin (W.): Was verspricht sich die Regierung von den Reformen in Elsaß-Lothringen? Sie hofft auf eine Steigerung der deutschfreundlichen Stimmung. Wir wollen die

belle Wahrheit sagen und keine trügerischen Hoffnungen aufkommen lassen.

Alles, was jetzt geschieht, wird auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen keine wesentliche Einwirkung mehr ausüben können.

(Hört! Hört!) Die Frage Elsaß-Lothringens ist eine internationale Frage geworden. Das Volk wird selbst über sein politisches Schicksal entscheiden. Darum müssen wir jetzt alles unterlassen, was dieser freien Willensäußerung vorgreifen könnte. Nachdem die Elsaß-Lothringische Frage auf das internationale Gebiet übergegangen ist, halten wir den Auftrag, dem Lande die politische Autonomie zu geben, für überholt.

Abg. Hansen (Däne): Auch wir sind gegen Zweideutigkeiten unter Hinweis auf den Standpunkt Wilsons und des Reichskanzlers fordern wir als Vertreter der dänischen Bevölkerung in Nord-Schleswig im Namen des Rechts und der Gerechtigkeit die Durchführung des § 6 des Friedensvertrags von Prag und in den bevorstehenden Friedensverhandlungen

die endgültige Lösung der nord-schleswigischen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Abg. Graf Westarp (Sons.) beantragt, die Sitzungen auszuweichen, bis feststeht, wann die Regierung zu den das Vaterland schwer schädigenden Erklärungen der Polen, Elsaß und Dänen Stellung nehmen wird.

Vizekanzler v. Famer: Die Regierung wird morgen zu Beginn der Sitzung eine Erklärung abgeben.

Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Graf Westarp (Sons.), Lebedour (Unabh. Sog.) und Vizekanzler v. Famer vertagt sich das Haus. — Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Die Donnerstag-Sitzung.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

Berlin, 24. Oktober. (G. D. ab.)

Am Bundesratssitz: v. Beyer, Dr. Solf, Scheuch, Scheidemann, Czernig.

Die gestrige Beratung der Entwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung und des Gesetzes, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, wird fortgesetzt.

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf.

Der Redner des Zentrums hat vorgestern unsere Truppen in Schutz genommen gegenüber dem schweren Vorwurf, daß sie kein Rückzug durch Flandern und Nordfrankreich vollzogen hätten, unumstößliche Handlungen sich hätten zuschulden kommen lassen. Ich danke dem Herrn Redner dafür und bin in der glücklichen Lage, dem hohen Hause von einem Dokument Mitteilung zu machen, das dem Herrn Redner recht gilt. Im Einverständnis mit dem Generalgouverneur in Brüssel hat der spanische Gesandte im Haag, Marquis de Villalobar, am 18. Oktober gemeinsam mit dem Vertreter der französischen Interessen, dem niederländischen Geschäftsträger, Herrn van Vollemhoven, dann mit dem Vertreter des Ernährungsamtes in Belgien, Vree, sich informiert. Sie haben anerkannt, daß die deutschen Militärbehörden alles in ihrer Macht stehende getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge als auch das Los der Bewohner der Städte, die dem Bombardement ausgesetzt sind, zu lindern. (Hört! Hört!) Sie haben im einzelnen festgestellt, daß die deutschen Behörden sich redlich bemüht haben, der Bevölkerung vor Blinder Schuß zu gewähren (Hört! Hört!), ihre Ernährung sicherzustellen und die Sanitätslage zu retten. Manungsweise entfernt sind lediglich Personen im militärpflichtigen Alter, aber auch hierbei wurden Ausnahmen gemacht für Ärzte, Geistliche, Feuerwehrleute, Schulleute und solche Personen, die für die Ernährung des Landes durchaus notwendig sind und in diesem Sinne tätig waren. Ich glaube, diese Sache an den Anfang meiner Ausführungen stellen zu sollen, weil ich auch nicht eine Stunde lang die schweren Vorwürfe auf unseren braven Truppen sitzen lassen will. Ich werde mich nun zu den Ausführungen der Redner der Opposition. Die Regierung ist gestern von verschiedenen Seiten gefragt worden, ob sie die Grundfätze des Präsidenten Wilsons endlich durchzuführen beabsichtigt. Die Regierung weist jeden Zweifel an dieser Absicht auf entschieden zurück. (Zuruf: Bravo!) Nachdem sie sich in ihrer Antwort an den Präsidenten auf den Boden seiner Vorlesungen gestellt hat, ist sie auch entschlossen, demgemäß zu handeln. Was

Elß-Lothringen und Polen

anbetrifft, so ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landes-teile unter den 14 Punkten des Wilsonschen Programms ausdrücklich angeführt sind, mit der Regelung dieser Fragen durch die Friedensverhandlungen einverstanden sind. Überhaupt werden wir, nachdem wir das Wilsonsche Programm als Grundlage des gesamten Friedenswerkes angenommen haben, das Programm nach allen Richtungen und in allen Punkten loyal und im Sinne voller Willigkeit und Gerechtigkeit erfüllen. (Beifall bei der Opposition.) Wenn aber der Herr Abgeordnete Hansen behauptet, daß in der nord-schleswigischen Frage aus dem Prozeß Frieden noch heute ein positiver Rechtsanspruch bestünde auf Volksabstimmung, so muß die Regierung diese Rechtsauf-fassung als irrtümlich ablehnen. (Lebedour: Rein formale Aufassung.) Der Prozeß Frieden suchte die endgültigen völkerrechtlichen Ansprüche lediglich zwischen den Vertragsteilen zu regeln und diese Ansprüche sind im Jahre 1878 durch die Vereinbarung aufgehoben. Außerdem liegt seitens der dänischen Regierung eine Anerkennung dieser Auf-hebung durch den sogenannten Optantenvertrag von 1907 vor. Der Herr Abgeordnete Rüdlin hat dann ein

recht schärfes Urteil gefällt über die in Elß-Lothringen eingeleitete Reorganisation der Dinge. Die Regierung wird sich durch diese Kritik nicht abhalten lassen, den für gut und richtig erkannten Weg weiter fortzuschreiten. (Bravo!) Dem Elß-Lothringischen Volke soll dadurch das Recht werden, die Angelegenheiten des Landes nach seinem Willen zu regeln. Es entspricht dieses Vorgehen den Bestrebungen, die die Mehrheit, aus der die jetzige Regierung hervorgegangen ist, auf Anregung und unter Zustimmung des Herrn Rüdlin und seiner politischen Freunde, auch unter Zustimmung der übrigen reichslandischen Abgeordneten verfolgt hat. (Hört! Hört!) Die Regierung hat es für ihre Pflicht gehalten, diese Bestrebungen alsbald nach ihrer Konstituierung in die Tat umzusetzen. Einer andernweitigen Lösung der Elß-Lothringischen Frage wird durch die gegenwärtige Lösung in keiner Weise vorge-griffen.

Der Redner der polnischen Fraktion hat es unternommen, aus dem Punkt 13 des Wilsonschen Programms weit-reichende Ansprüche für den künftigen polni-schen Staat zu begründen. Demgegenüber erkläre ich, die deutsche Regierung hat bereits betont, daß sie das Pro-gramm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich angenommen. Dieses Programm begründet einen Frieden des Rechts und der Versöhnung und will nicht neue Gegensätze und neue Kriege entzünden lassen. Wenn der Redner der polnischen Fraktion erraten läßt, daß er z. B. Danzig, eine Stadt mit 2 bis 3 Prozent polnischer Bevölkerung, für das künftige Polen beansprucht, so setzt er sich in schreienden Gegen-satz mit den Grundfätzen des Präsidenten Wilson. (Lebhafter Zustimmung.) Nach diesen Grundfätzen sollen nur Gebiete mit unzweifelhaft polnischer Bevölkerung mit dem unab-hängiger polnischer Staat vereinigt werden. An keiner Stelle des Programms ist gesagt, daß auch unbefriedigte deutsche Volksteile einem künftigen Polen angegliedert werden sollen. (Sehr richtig!) Eine derartige Auslegung des Satzes von dem freien, geordneten und zuverlässigen Zugang zur See nicht im Sinne einer internationalen Verein-barung, sondern im Sinne einer territorialen Eroberung auf fremdem Lande widerspricht dem vom Präsidenten Wilson verkündeten Recht der Selbstbestimmung der Völker. (Sehr wahr!) Die polnischen Ansprüche sollten auch polnischer-seits in Einklang gebracht werden mit dem Grundfatz, wonach nicht neue Elemente von Mißtrau und Gegnerschaft erzeugt werden dürfen, die der Frieden Europas und damit der ganzen Welt wieder stören würden. (Sehr wahr!) Ich kann dem Redner der Polen nicht verhehlen, daß das Rechtsgefühl des deutschen Volkes durch jede gewaltsame Auslegung der Grundfätze des neuen Völkerrechts auf schwerste Verletzung werden würde. (Sehr richtig!) Gemalsam sind die Ansprüche auf Landesstriche, die durch Geschichte, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reich verknüpft sind. Glauben Sie mir, meine Herren,

die deutsche Regierung wird bei der Verhandlung dieser schwierigen Fragen sich mit aller Entschiedenheit jeder Ver-gewaltigung der Polen und jeder Vergewaltigung der Deutschen, jeder Lösung widersetzen, die ein Zusammen-leben feindlicher benachbarter Völker unmöglich macht und zu neuem Haß, neuem Haß und neuen Konflikten führen müssen.

(Bravo!) Wenn nun der polnische Redner auch Ersparnisse aus den Kriegsjahren herleitet und in schärfster Form Kritik geübt hat an gewissen Maßnahmen der preussischen Verwaltung, so brauche ich wohl nur daran zu erinnern, was in diesem Kriege das deutsche Volk und das deutsche Heer mit Gut und Blut getan haben, bis es überhaupt möglich wurde, auf die Plattform zu treten, auf der die Freiheit von Polen jetzt geschaffen werden soll. (Stürmischer Beifall. — Abg. Korfanty: Geraubt und geplündert haben sie! — Großer Beifall rechts. Präsident Ehrenbach ruft den Abg. Korfanty zur Ordnung. Verschiedene Abgeordnete der Deutschen Reformpartei, Werner-Gießen u. a., stürmen zu den Polen hin und geraten mit ihnen in heftigen Disput. Abg. v. Posa-benow ruft den Polen zu: Wir sind nicht im polnischen Reichstag!) Staatssekretär Dr. Solf fortsetzend: Es wird uns von polnischer Seite schwer gemacht. Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur Polenfrage auch den Herren von der polnischen Fraktion bekannt ist, hat den ersten, ehrlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernden, friedlichen und freundschaftlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel ist zweifellos im Interesse des polnischen Volkes, das zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung die Beziehungen zum Westen nötig hat. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn es ehrlich und von beiden Seiten angestrebt wird.

Vor der Antwort Wilsons.

Schlechte Aussichten in Washington.

W. T. B. Washington, 23. Okt. (Reuter-Redung.) Ein amtlicher Kommentar zu der deutschen Antwort liegt im Augenblick noch nicht vor; aber nichtamtliche Kommentare sind einmütig in dem Hauptpunkt, nämlich daß der Frieden nicht unmittelbar bevorstehe und kein Waffenstillstand geschlossen wird außer unter Bedingungen, die für immer die Macht des deutschen Militarismus gefährden.

Die übereinstimmende Ansicht in dem Kongreß, besonders bei den Republikanern, begünstigt die Beendigung der Verhandlungen mit Deutschland. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten tritt dafür ein, daß die Note der Entente vorgelegt werde, ehe Wilson antwortet.

Männer, u. Frauenhaare
u. Parfüm. 2. Rianrenlab.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle.

Am 22. Okt. Juliana Weber
ohne Beruf, 17 J.; Ehefrau
Margarete Preuber geb. Dombach,
66 J.; Elise Heindl geb. ohne Beruf,
64 J. — 23. Okt. Log-
idner Simon Kropf, 66 J.;
Ehefrau Marie Kropf geb. Schein,
63 J.; Dienstmädchen Anna
Katz, 23 J.; Witwe Margarete
Hartmann geb. Köpp, 64 J.;
Hilfswirt Leonhard Bött, 67 J.;
Witwe Christine Sauer
Conrad, 69 J.; Ehefrau Gertrud
Bleth geb. Köpke, 66 J.;
Strohknechtin Johanna Schmitt,
64 J.; Ernestine An-
drätsche, 63 J.; Witwe Luise
Schmel, geb. Wagner, 66 J.;
Wagbeder August Hartmann,
61 Jahre.

Dankagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim
Heimgang unserer lieben, unvergesslichen Entschlafenen, für
die überaus zahlreichen Kranz- und Blumenpenden, sagen
wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Besonderen Dank Herrn Pfarrer Metz für seine trost-
reichen Worte.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau Katharine Schaus, Wwe.
Bertramstr. 2.

Wiesbaden, den 22. Oktober 1918.



Tieferschüttert machen wir die traurige Mitteilung, daß unser guter
hoffnungsvoller Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Onkel

August Häuser

Gefreiter im R.-Inf.-Reg. 118

Inhaber des E. A. II

am 22. Oktober an den Folgen einer im Felde erlittenen Verwundung
in einem Lazarett in Darmstadt im Alter von 24 Jahren sanft ver-
schieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Christian Häuser.

Erbenheim, den 24. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. Oktober, nachmittags
3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Erbenheim Gartenstr. 2, aus statt.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Lieben, was man hat,
Ruh scheiden.

Allen Verwandten, Freunden und Be-
kannten die traurige Nachricht, daß mein
innigstgeliebter Mann, unser lieber, treu-
sorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager,
Schwiegersohn und Onkel,

Wehrmann August Eyerle

Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 80, 11. Komp.,
Inhaber des Eis. Kreuzes 2. Kl.,

nach 4-jährigem schwerem Ringen infolge
Hofschusses im Alter von 39 Jahren im
Lazarett zu Weibern sanft entschlafen ist.

Frau Marie Eyerle, geb. Heinrich,
August Eyerle, Sohn,
Josefine Eyerle, Tochter,
Frau Christine Eyerle, Mutter,
und Geschwister.

Frau Heinrich, Witwe, u. Sohn,
nicht allen Verwandten.

Wiesbaden, Bellrichstr. 53 u. Franken-
straße 23 u. 14.

Die Beerdigung findet Samstag, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Portale des Süd-
friedhofes aus statt.

Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine liebe
Mutter, Großmutter, Schwägerin und
Tante,

Fran
Margarethe Hartmann

Witwe

geb. Köpp

nach langem, schwerem Leiden durch einen
sanften Tod erfüllt wurde.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Hartmann.

Wiesbaden, den 24. Oktober 1918.
(Friedrichstr. 57)

Die Beerdigung findet am Samstag,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Südfriedhof
aus statt.

Allen Verwandten und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Mann und unvergesslicher Vater, Bruder,
Schwager, Onkel und Großvater,

Heinrich Schrötel

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter
von 62 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Margarete Schrötel, geb. Duper.
Fr. Marie Schneider, Wwe., u. Enkelchen
und alle Verwandten.

Wiesbaden, den 23. Oktober 1918.
(Elsässer Platz 7, IV)

Die Beerdigung findet Samstag, nachm.
3 1/2 Uhr, vom Südfriedhof aus statt.

Todes-Anzeige.

Du warst so jung, du stachst so früh,
Vergessen werden wir dich nie.
Nun ruhe sanft du gutes Herz,
Dir der Friede, uns der Schmerz.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nach-
richt, daß meine liebe, gute Frau, unsere Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante

Auguste Gekner

geb. Jäger

nach kurzem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden im blühenden
Alter von 26 Jahren in Mainz sanft entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Andreas Gekner, z. St. Urlaub, Mainz.
Familie Wilhelm Jäger.

Wiesbaden-Mainz, Kapellenstraße 39, 3.

Die Beerdigung findet Samstag 3 1/2 Uhr vom Südfriedhof aus statt.



Am 21. Oktober verstarb plötzlich in
einem Lazarett zu Freiburg (Baden) nach
kurzem schwerem Leiden, welches er sich
im Dienste des Vaterlandes zuzog, mein
einziger, lieber Sohn und innigstgeliebter,
treuer Bruder, Schwager und Onkel,

Kanonier

Hans Sängler

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Wilhelm Sängler.

Familie Joh. Steenboorden.

Wiesbaden, Göttenstraße 6.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten hiermit
die traurige Nachricht, daß meine innigst-
geliebte Frau, meines Kindes treusorgende
Mutter, unsere liebe Schwiegermutter,
Schwägerin und Tante,

Frau Luise Knopf

geb. Weber

nach langem schwerem Leiden sanft ent-
schlafen ist.

Im Namen

der trauernden Hinterbliebenen:

Wilk. Knopf, z. St. im Felde, nicht Kind,
Kettelsbachstraße 17.

Die Beerdigung findet Samstag, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, auf dem Südfried-
hof statt.



Für die liebevollen Beweise herzlichster
Teilnahme und die zahlreichen Blumen-
penden bei dem Hinscheiden unseres lieben

Mariechens

sagen wir allen herzlichsten Dank. F 200

Familie Karl Schmidt Wwe.

Lorch a. Rh., den 22. Oktober 1918.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teil-
nahme bei dem Hinscheiden meiner ge-
liebten, treuen Gattin, meiner braven,
guten Mutter, sagen wir auf diesem Wege
allen Verwandten, Bekannten u. Freunden,
besonders Herrn Pfarrer Schmidt für
seine trostreichen Worte, sowie Herrn
Kondirektor Breder, für die schönen
Blumenpenden unseren innigsten Dank.

August Schnell, Postkassner
und Kind.

Wiesbaden, den 24. Oktober 1918.

Heute abend 7 1/2 Uhr entschlief sanft
nach kurzem Leiden mein innigstgeliebter
Mann, unser treuer unvergesslicher Vater,
Schwiegervater und Großvater.

Adolf Wagner

im 66. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Frau Elise Wagner, Witwe,

und Kinder.

Familie Wilhelm Giesner,

Wilk. Duth.

Wiesbaden, den 22. Oktober 1918.
(Weberstraße 48)

Die Beerdigung findet am Samstag,
den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, auf
dem Südfriedhof statt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute früh nach
kurzer, schwerer Krankheit meine herzengute Frau, meiner
Kinder treusorgende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante,

Frau Marie Frenz

geb. Schein

im Alter von 33 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Adolf Frenz, Bädermeister.

Wiesbaden, Thal, den 23. Oktober 1918.
Bücherstraße 38.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 27. Oktober,
vorm. 9 1/2 Uhr, vom Südfriedhof aus statt.